

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Dezember 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 140

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Der internationale Gedanke in Volk und Welt. — Sie Welt, die Wablingen! — Das Recht des Arbeiters.
Korrespondenzen: Berlin (Schr.). — Leipzig. — Leipzig (Schr.).
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Feuerzuzulagen für die Fabrikanten. — Differenzen der Berliner Buchdruckerzeugsarbeiter wegen der Feuerzuzulagen. — Die Lage der Fahrkartendruckerei. — Die Arbeitslosenfrage des graphischen Gewerbes im Oktober 1917. — Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Großstädten. — Diesbergs als Militärinspektionsdirektor. — Gewerbliche Neuorientierung. — Hardens „Zukunft“ freigegeben. — Abänderung der Schnellzugzuschläge. — Höflichkeitspflicht gegenüber dem Publikum. — Massenprotest gegen streikende Arbeiter. — Volkshochschule in Lodz. — Der Wiberflun des Krieges.
Literarisches: Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege.

Der internationale Gedanke in Volk und Welt

(Nachdruck verboten.)

Der 1. Mai 1917 ist und bleibt ein historischer Tag für mich, weil er mir unauslöschlich ins Herz geschrieben hat, daß der internationale Gedanke in der Welt nicht aussterben darf. Und das kam so: Wir standen damals mit den Russen in Galizien auf neutralem Gebiete zwischen den Drahtverhauen und drückten einander die Bruderhand, mit dem Gelächern, die Streikart begraben zu wollen. Wenige Wochen später ging die Vereinbarung in Scherben, weil auf russischer Seite, auf höheren Befehl der verfloffenen republikanischen Scheinregierung, die Flinten erneut losgingen. Das ungeheure Männermorden durfte noch nicht die höchste Kurve erreicht haben. Ein hartes Schicksal im Leben der Völker, wie ein Frost im Mai, daß sie kein Selbstbestimmungsrecht in wichtigen Angelegenheiten besitzen. Bis zu der Stunde, in der die goldene Locke dieser Freiheit und Vollkommenheit im Gemeinschaftsleben der Völker klingen darf, müssen deshalb die Ideale gepflegt werden, die den internationalen Gedanken in Verbindung mit einer internationalen Verständigung befruchten und erstarken lassen! Schwere, doch lohnende Arbeit.

Die Untersuchung, in welcher Form dem internationalen Gedanken der Weg bereitet werden könnte, läßt klar erkennen, daß der weltumspannende Begriff mit den Hauptworten Verständigung und Verbrüderung identisch sein muß. Die Sehnsucht der Völker nach Verständigung und Versöhnung ist kein leerer Wahn, erzeugt im Gehirn von Toren, sondern eine hohe Tugend, die sich erfüllen wird, damit das irdische Leben schöner, glücklicher werden kann. Der Staatsbürger jedes Staates wird so zum Weltbürger im schönsten Sinne des Wortes! Die Möglichkeit ist gegeben vornehmlich auf gewerkschaftlicher Basis, dem eigenlichen Kelonanzboden der Arbeit. Der Gewerkschaftsgeist ist die Seele aller Völker der Abhängigkeit, während das politische Element mehr die Kraft und Einflußzone der sogenannten Staatslenker bildet, folglich einen harten Boden für die Bearbeitung der Verständigungsfrage darstellt. Sollen wir aus dem Grunde die Annäherung der Völker durch die Gewerkschaften, Gewerksvereine, Angestelltenverbände und Konsumgenossenschaften im Auge!

Die Verständigungsarbeit kann gelingen, falls der Weltkrieg mit dem Augenblick aufhört, wo an den Fronten das Kommando: „Gewehr in Ruh! Einladen!“ gegeben wird. Ein Wirtschaftskrieg darf nicht die Fortsetzung der Kanonaden bilden, obgleich

es menschlich verständlich ist, wenn bei der Neuanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Belebung des Weltmarktes die Völker, die Regierungen, die Organisationen, die führenden Personen und die einzelnen Individuen ein Unbehagen empfinden. Ebenso ist es erklärlich, daß psychologische Bedenken aufsteigen bei dem Gedanken, das Verkehrswesen zu Wasser und zu Lande werde die heute in Feindschaft und Gehässigkeit sich gegenüberstehenden Personen und Institutionen wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen. Es darf in der Richtung jedoch keine Schwierigkeiten geben, denn es gilt, den Wirtschaftskrieg unmöglich zu machen, und die Menschen vom Staats- zum Weltbürger heranreifen zu lassen. Die Erde und Welt hat nicht eine bestimmte Nation in Erbpacht genommen, sondern alle Völker und Rassen haben Daleinsberechtigung. Immer dichter und fester wird deshalb das Netz der internationalen Beziehungen der Volkswirtschaften untereinander werden müssen, ebenso die Geschäftsverbindungen aller Organisationen. Das nach Profit jagende Kapital wird den Schritt leichten Herzens tun, während die Vertreter der Arbeit trotz des Zeitalters des Kollektivismus sich erst allmählich eingliedern dürfen, weil sie in ihrem sittlichen Empfinden nicht so abgebrüht sind. Die Stunde wird aber schlagen, wo die große Kluft, die der heillosen Krieg unter den Volkswirtschaften gerissen hat, ein überwindener Standpunkt ist.

Die Stärkung der internationalen Beziehungen ist für die Arbeit durch ihre Gewerkschaften doppelt nötig, weil nach dem Weltkriege, den das Kapital begünstigte, der Weltkrieg der Arbeit kommen wird. Nicht gleich, doch dann, wenn die Rekonstruktion der Organisationen vollendet sein wird. Das Kapital wird die entstandenen Lasten und Schulden auf die Schultern der Arbeit abwälzen wollen, die schon jetzt zwei Tage der Woche für die Verzinsung der Schulden wirken muß. Gegen eine weitere Einpannung in diese Fron hat sich die Arbeit zu wehren. Die entstehenden und unausbleiblichen Kämpfe werden ersten, harten Charakter tragen, deshalb müssen die Arbeitnehmer in Handel, Industrie und Gewerbe gute Bundesgenossen suchen und finden: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Die Parole klingt so unscheinbar, dennoch ist ihr Inhalt schwer durchführbar, weil große Widerstände zu überwinden sind. Man wird in der Verfolgung des wichtigen Zieles diplomatisch handeln lernen müssen, indem weniger Worte gewechselt, dafür aber mehr Taten verwirklicht werden. Das Kapital ist im Gegensatz dazu absoluter und besser organisiert als die Arbeit. Diese Tatsache muß anfeuernd wirken.

Den internationalen Beziehungen des Kapitals, des Verkehrswesens, der Volkswirtschaft, des Rechts und der Wissenschaft hat sich die straffe, reiflose internationale Verbindung der Gewerkschaften anzuschließen, wenn für Arbeiter und Angestellte bessere Verhältnisse blühen sollen. Es müssen neben den freien auch die christlichen Gewerkschaften und die Kirch-Dunkerschen Gewerksvereine, kurzum alle Arbeitnehmerorganisationen, diesen hehren Gedanken in die frische Tat umsetzen. Da der überfinnikle Idealismus keine große Beweiskraft für derartige Bestrebungen hat, muß eine materielle Seite des praktischen Idealismus gelucht werden, die den Beteiligten und Interessenten den Zweck derartiger Bestrebungen deutlicher und augenfälliger macht.

Das Hauptaugenmerk ist für den Gewerkschafter auf den Ausbau der Unterföhrungseinrichtungen und des Pressedienstes zu lenken: Reiseunterföhrung, Arbeitsvermittlung, moralische und materielle Unterföhrung der Auslandsstreiks, Sorgab von Darlehen an ausländische Organisationen, Durchföhrung des Tarifvertrags, Umzugsbeihilfen, Stellenlosenunterföhrung usw. müssen den internationalen Verhältnissen Rechnung tragen. Auf diese Weise wird der internationale Gedanke in jedem Volke nach dem Kriege, wenn die Volkswirtschaften wieder in Fluß kommen, wachsen und im Werke steigen. Der Friedensschluß bringt eine große Arbeiterbewegung durch Su- und Abwanderung in Fluß, so daß die Gewerkschaften des Aus- und Einwandererstaates ein Interesse an dem Gedeihen der Verständigung haben. Zur besseren Aufwärtsentwicklung fragen die Gewerkschaftshäuser, Herbergen, Verkehrslokale, Arbeitsnachweisstellen des Auslandes bei. Die Arbeitnehmer müssen den Eindruck gewinnen, daß der Gewerkschaftsgeist der Heimat auch in jedem fremden Land eine Stätte hat.

Wenn die Volkswirtschaft des 20. Jahrhunderts und die Gewerkschaftsbewegung mit der internationalen Frage in enger Wechselbeziehung stehen, trifft dies für die Weltwirtschaft erst recht zu. Da hier die Wirtschaftsmethoden und -beziehungen, die buchstäblich den ganzen Erdball umspannen, viele und umfangreiche Reibungsflächen und Differenzpunkte. Und gerade diese Streitfälle sind es, die die Schaffung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gebietet fordern. Für alle Streitigkeiten in Handel, Industrie, Schifffahrt, Gewerbe und Verkehr müßte die Anrufung dieses Schiedsgerichts obligatorisch sein. In der Form würde Zeit gewonnen, in der die erste Erregung sich beruhigen könnte und andre Staaten in die Lage kämen, in Güte zu intervenieren, damit Krisen vermieden würden. Ein derartiger Schiedspruch dürfte die meisten Streitigkeiten beilegen können: Das Recht der gegenseitigen Erfüllensberechtigung bringt es mit sich! Nähme ein Staat den Schiedspruch nicht an, böte der Weltwirtschaftsbetrieb genug Druckmittel, z. B. Abbruch des Verkehrs, Sperrung des Verkaufs von Rohstoffen oder Lebensmitteln, Sperre des Bankverkehrs usw. Eine gute Exekution könnte nebenher die Einrichtung vervollständigen.

Außerdem werden die pazifistischen und Friedensideen bei den Kulturvölkern ganz bedeutend an Boden gewinnen und internationale Friedensorganisationen entstehen lassen. Die Weltvölker der Friedenszeit sind verpflichtet, diesen Gedanken aufzunehmen, weil der große Krieg derartig gewaltige Wunden geschlagen hat, die kein Volk, selbst das vermögendste nicht, absolut heilen kann: über 20 Millionen Tote und Verwundete und 700—800 Milliarden Schulden werden vorhanden sein! Große Opfer müssen die Völker nach dem Kriege noch bringen, die u. a. erhöhte Arbeitsleistung mit verminderten Arbeitskräften fordern. Krisenstoff zwischen Arbeit und Kapital in Külle und Fülle! Schwere Zeiten! Aus dieser Schwere und seelischen Dummheit der Völker wird die Erkenntnis und Einsicht aufsteigen, daß die Nationen auf ein Zusammenwirken für jetzt und immer angewiesen sind. Es ist mithin unnatürlich, große Truppenverbände zu unterhalten. So wird auch die Abrüstung kräftig Fuß fassen unter den Staaten, die sich in Zukunft darauf beschränken müssen, das

Militär nur noch zur Aufrechterhaltung der Ordnung und als Druckmittel der Schiedsgerichtsbarkeit zu verwenden.

Der Glaube an Güte, Gerechtigkeit, Menschentum und Schönheit des Lebens findet durch den internationalen Gedanken in Volk und Welt eine günstige Beeinflussung. Ist der Boden derart bereitet, können schließlich die internationalen forschend-pädagogischen Erfahrungen, besonders auf sozialem, prägnantem und rechtlichem Gebiet, unter den Völkern erneut zum Austausch gelangen, wie es bis Kriegsbeginn durch das internationale Institut von Professor Broda (Paris) in schöner Weise begonnen worden war. Fortschritt, Kultur und Zivilisation sind eben nicht Vorzugsgüter eines bestimmten Volksstammes, sondern Lohn, Segnungen und Simmelgeschenke für alle Völker der Arbeit und Erde! Sorgen wir mit aller Kraft und Energie für eine gerechtere Verteilung dieser Kulturgüter, damit das Gemeinschaftsleben der Völker edler, schöner, lebensfroher und inhaltsreicher werde:

Arbeit ist das Zauberwort,
Arbeit ist des Glückes Seele,
Arbeit ist des Friedens Hort!
Nur die Arbeit kann erlösen;
Nur die Arbeit prengt die Ketten;
Arbeit macht die Völker frei!

Essen.

P. G.

□ □ Sie Wollt, hie Waiblingen! □ □

„Jeder ist seines Glückes Schmied.“ Dieses Sprichwort hat auch für die Arbeiterklasse im weitesten Sinne Vollgültigkeit. Der Arbeiter, der den Verhältnissen fernbleibt, der Entschlüsseln und Beseitigen seiner Berufs- oder Klassengenossen mittelbar oder unmittelbar die Unterstützung verweigert, der in seiner „Bescheidenheit“ meint, auf ihn komme es nicht an, weiß wohl kaum, wem er durch seine Interferenztätigkeit Hilfe angedeihen läßt, wessen Arbeit er fördert. Mühte er es aber und handelte nicht anders, so könnte man ihm einen Defekt am Intellekt nicht abprechen; es sei denn, er gäbe es vor, mit den geborenen Gegnern der Arbeiterklasse in einen Topf geworfen und demontopredigt behandelt zu werden.

Laubst und Gleichgültigkeit sind und bleiben ein Übel. Schlimmer jedoch, ja geradezu verhängnisvoll für die Zukunft wäre es aber, wenn die zerstreuten Arbeiter der Uneinigkeit propagierenden und nährenden Elemente um sich greifen würde, wie sie von parteipolitischen Kampfböden auf das neutrale Gewerkschaftsgebiet hinüberwechseln wollen. Dagegen müssen alle Kräfte zusammengefaßt werden. Dem Zerstücklungsanatismus ist die Beseitigung für Einigkeit und Einigkeit entgegenzusetzen! Der uralte Streikruf „Sie Wollt, hie Waiblingen!“ darf nicht den Bruderswitz in der Arbeiterklasse noch wider entfallen.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker treibt grundsätzlich keine Politik. Es bleibt dem Ermessen des einzelnen überlassen, auf welche Richtung oder Partei er schwören will. Entscheidend bleibt, daß unsere Bestrebungen nicht mit Tüben getrieben werden, und daß man im Inneren seines Wesens doch Verbandsmitglied bleibt. Jedoch erfordert die großen Aufgaben der Zeit, daß sich auch unser Standesorgan über und ausgedehnter mit Fragen beschäftigt, die früher nicht in dem Maß im Bereiche eines geschäftlich geleiteten Gewerkschaftsblattes lagen. (In dem Artikel „Neuorientierung“ [Nr. 20] ist darüber schon Zustimmung zu finden. Der gräßliche Papiermangel macht aber viele Absichten zunichte. Red.)

Die gewerkschaftlichen Organisationen werden heute zur Beratung und Mitarbeit an Fragen herangezogen, deren nur theoretische Behandlung früher schon gegen den Neutralitätsbegriff verstoßen haben sollte. Die Gewerkschaften haben nunmehr Lust zur freieren Entwicklung. Das ändert so manches von Grund aus. Auch bei uns Buchdruckern. Der bekannte liberale Sozialreformer Lupo Brentano sprach es kürzlich in Wien so treffend aus:

Im Kriege selbst haben sich Staat und Gewerkschaften gefunden. Wo wäre das Reich geblieben ohne die gewaltigen Leistungen der Gewerkschaften, ohne die Mitwirkung der vaterlandslosen Gassen? Wie haben andere Klassen im Vergleiche zur organisierten Arbeiterklasse vorlag!

Nach dieser Seite hin sind also die Aussichten nicht unglücklich. In welcher Welt ist jetzt notwendig, der verstaubte Programm und Grundlässe hinwegzuwerfen, der jede Weite immer nur hinderlichen Samaschendienst unbillig macht und uns eine Verlingung unserer gewerkschaftlichen Betätigung bringt. Hier ist besonders Gelegenheit für unsere Kollegen, sich in des Wortes schönster Bedeutung als Pioniere zu zeigen.

Die andre Seite ist weniger erfreulich. Schwarze Wolken hängen über der Arbeiterklasse. Seit 40 Monaten wird die Welt in ihren Grundfesten erschüttert. Im Gedächtnis des europäischen Gedächtnisses knistert, brennt, kracht's. War schon von jeher alles im Stillen, jetzt rauscht ein wilder Strom daher, der auch für die deutsche Arbeiterklasse, für die Gewerkschaften auf lange, lange Zeit hinaus das Best reißt. Da heißt es, aufmerksam hochposten stehen; verpöhlte Gelegenheiten sind kaum mehr gut zu machen.

Werfen wir einen Blick auf die sich mehrenden Sturmzeichen, die uns als moderne Arbeiter zumutet anstehen. Da ist die unheimlich wachsende Kapitalmacht; Konzentrierung in den wichtigsten Industrien und im Bankwesen, Fusionen, Zwangshandlungen, ungeahnte Betriebsveränderungen (durch die enormen Kriegsgewinne hervorgerufen), aus dem Boden gestampfte Riesenunternehmungen nach amerikanischem Muster und so fort. Kleinbetrieb und auch Industriezweige haben schwer gelitten, fast sogar zu einem beträchtlichen Teile verschwunden. Die Organisation und die Technik der Betriebe hat sich geändert, teils revolutionär geändert.

Auch die Produktionsweise ist vielfach eine andre geworden und wird während der Übergangszeit nochmals grundlegend wechseln. Und dann später! Eine Fülle ungeahnter Möglichkeiten liegt vor dem geistigen Auge auf. Das, was leider ein großer Teil der Arbeiter heute aus dieser oder jener Stimmung heraus noch nicht sieht, worüber ihm auch nicht immer objektive, rein sachliche Aufklärung dienende Information durch die Presse zuteil wird, wird bald bittere Wirklichkeit sein.

Weiter hat der ungelernete Arbeiter den Platz des gelernten Arbeiters befehlt. Kein Betriebs- und Verwaltungszweig, kein Bureau und kein Fabrikraum, wo nicht die Frau für den Mann eingespargen ist, damit dieser seine Blutarbeit tun kann. Linker Hand, rechter Hand sind die Rollen allesamt vertauscht.

Alte und neue Arbeiterforderungen werden erneut zu brennenden Tagesfragen werden. Dann die Steuerpolitik nach dem Krige! In Würzburg wurde jüngst dieses Problem richtig voraussehend als der soziale Kampf der Klassen um die Verteilung der Lasten bezeichnet. Moderne Kriege können sich eben nicht selbst bezahlen, sie müssen sich später bezahlt machen. In ganzer Schwere werden wir dies auf Jahrzehnte zu spüren haben. Lasten über Lasten werden zu fragen sein. Dann heißt es gegen ein mehr denn je geeintes Unternehmertum stehen, das sich der großen Macht bewußt ist, und die Stärke, die in seiner Einigkeit liegt, richtungslos ausnützen wird.

Die erbitterten politischen Kämpfe, die den sogenannten Bürgerrieden gründlich abgibt haben, lassen so wenig wie die Lage am Wirtschaftshorizont günstige Aussichten zu. Die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze der Arbeiterklasse sind kraftvoll am Werke. Schwere wirtschaftliche Kämpfe nach dem Krige werden unausbleiblich sein. Der Arbeiter wird mit Klauen und Zähnen die Feuerungsanlagen zu verteidigen haben (denn die Feuerung wird nicht so schnell verschwinden, wie sie gekommen!), die er unter dem Kriegszwange und der Kriegsnöte sich erkämpft und sie dann reiflos den Händen hinter der Front, den Bucherern, gegeben, um vegetieren zu können. Auch andre Sorgen gibt es übergenug. Die Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau, der Kampf um den Arbeitsplatz, wird schwer- und bitter sein. Lohnrückläufer und Reichsarbeitslosenfürsorge sind hierzugehörige Kapitel.

Die hier nur angedeuteten Probleme bilden jedes für sich ein unerlöschliches Thema und lassen die Situation klar erkennen. An erstem Stoff für Verfassungen und für die Werke mangelt es auf Jahre hinaus ganz gewiß nicht. Werden wir Buchdrucker vielleicht auch nicht von allen Fragen gleich hart berührt, so sorgt die Wechselwirkung im Wirtschaftsprozess schon dafür, daß auch unsere Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wie abhängig wir von jeder von der allgemeinen Konjunktur gewesen sind, braucht an dieser Stelle nicht ausgeführt zu werden. Abhängig habe ich es vermieden, die zu lösenden Aufgaben zu behandeln, die uns als „Spezialgebiet“ angehen. Einmal geschieht im „Kor.“ alles, uns auf dem laufenden zu halten, und mit kam es in erster Linie darauf an, an die Erfahrung und das Verantwortungsgesühl der Verhandlungscollegen zu appellieren, für die heute wichtigste, die Frage aller Fragen: Geschlossenheit und Einigkeit der Arbeiterklasse, überall warm und beherzt einzutreten. Leider ist es eine Liebessünde der deutschen Arbeiter, sich in Nebenachen hartnäckig zu streiten (vielleicht auch ein Nationalerbes), aber wenn sie sich nur jetzt nicht auseinanderstreiten wollten, wo es wie noch nie bis um die fernste Zukunft geht. Der lachende Dritte steht schon vor den Türen! Dies Verbleiben, die immer weiter um sich greift, ist einfach lurcharbar. Haben die Arbeiter augenblicklich wirklich Zeit, darüber zu streiten, wer in dieser oder jener Frage recht oder unrecht hat? Dieses ist noch ganz ungeklärt, alles eher nur nicht lurchreit. In Jahrzehnten werden sich darüber wohl die Teilnehmer an Historikerkongressen die Köpfe zerbrechen, wir aber haben jetzt praktische Gegenwartswarkeit zu leisten.

Wer durchaus nicht erkennen will, daß die Notwendigkeiten der Gegenwart hier liegen, als wie er sie mit seiner „psychohistorischen“ Katene beleuchten kann, den lasse man wenigstens allein. Wir andern aber wollen die einzige richtige Folgerung aus dem Stande der Dinge ziehen und damit zeigen, daß wir das Gebot und die Pflicht der Stunde nicht falsch verstehen.

Mürnberg.

J. K.

□ □ Das Recht des Arbeiters □ □

In Ansehung der ungeheuerlichen Opfer, die das deutsche Volk in diesem Krige gebracht hat und noch bringt, hat sich die Reichsregierung zu einer umfassenden Neuorientierung bereitwillig. Damit ist gegeben, daß der alte Zustand, durch den ein großer Teil des Volkes durch Ausnahmegeetze und beherrschende Willkürmaßnahmen in ungerechtester Weise unterdrückt wurde, geändert werden

oll. Während der Staat alle übrigen Interessensorganisationen nicht nur duldet, sondern begünstigt, ja vielfach ins Leben rufft, und es insbesondere die Arbeitgeber sind, deren Organisationen sich der größten Freiheit des Tuns und Lassens erfreuen, wurden den Arbeitern die größten Schwierigkeiten bereitet. Um so mehr ist es Pflicht der Volksvertretung, energisch dafür zu sorgen, daß die Aufgaben der Neuorientierung endlich in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Dazu ist vor allem erforderlich, die wertvollen Güter der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit der Arbeiterklasse: Arbeitsrecht und Koalitionsrecht, aller beschränkenden Ausnahmevorschriften zu entkleiden. In welcher Weise dies geschehen kann, dafür hat die Gesellschaft für Soziale Reform in großzügiger Weise detaillierte Vorschläge entworfen, die schnell und leicht in eine gesetzliche Form gebracht werden können. Der Weg zu einer freibleiblichen Neuordnung des Koalitionsrechts ist also schon vorgezeichnet.

Ein Hindernis des Koalitionsrechts und damit der gewerkschaftlichen Betätigung bildet der Erpressungsparagraph bzw. die Auslegung, die er in der Rechtsprechung erfahren hat. Es handelt sich um den § 253 des Strafgesetzbuchs. Das Streben des Arbeiters nach Verbesserung seiner Lebenshaltung wird darin dem schändlichen Gewerbe eines Erpressers gleichgestellt; aber auch die Weigerung, mit Nichtorganisten oder Streikbrechern zusammen zu arbeiten, ist als Erpressung hingestellt worden. Schwere Freiheitsstrafen waren die Ergebnisse einer solchen unbilligen Judikatur. Zahlreiche Vorschläge zur Abänderung dieses Paragraphen sind gemacht worden; es kommt in der Hauptsache darauf an, ihm eine Formulierung zu geben, die der richterlichen Willkür von vornherein den Boden entzieht. Es wird deshalb folgende Fassung vorgeschlagen:

Als Erpressung ist zu bestrafen die Vermögensbeschädigung durch Abnötigung eines dem Gesetze zuwiderlaufenden Vermögensvorteils zugunsten des Abnötigten oder eines Dritten. Die Abnötigung muß, wenn Erpressung vorliegen soll, erfolgt sein durch diejenigen Mittel, die die räuberische Erpressung im Sinne des Reichsstrafgesetzbuchs charakterisieren, oder durch die Androhung von Sanktionen, die an sich bereits gefährlich sind, oder endlich durch Drohung mit Strafanzeige, Offenbarung von Geheimnissen, Verlassen in hilfloser Lage oder mit einem Abel, das außerhalb jedes verkehrsmäßigen Zusammenhangs mit dem Entschlusse steht, zu dem der Bedrohte genötigt werden soll.

Der § 240 des Strafgesetzbuchs befaßt sich mit der widerrechtlichen Abnötigung durch Gewalt und durch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen. In Bezug auf das Koalitionsrecht ist dieser Paragraph unbedenklich, und eine Abänderung, wie sie in einem Vorentwurfe des StGB mit verstärkendem Charakter in Vorschlag gebracht worden ist, ist zu verhindern. Ebenso verhält es sich mit dem § 241 StGB, der die Bedrohung eines andern mit der Begehung eines Verbrechens bestraft, desgleichen mit dem § 126 StGB (Landzunge), der die Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens zur Voraussetzung hat. In dem Vorentwurfe zum Strafgesetzbuch hat man diesem Paragraphen eine recht denkbare Fassung gegeben, was auch verhindert werden muß.

In den Vorschlägen zum neuen Strafgesetzbuch wird dann ein neues, dem geltenden Recht bisher unbekanntes Verbrechen geschaffen und mit schweren Freiheitsstrafen bedroht. Es handelt sich um die in Vorschlag gebrachte Kriminalstrafe für Arbeitsverhältnisse in sogenannten gemeinnützigen Betrieben. Alle Bestrebungen zur Verhinderung des geltenden Rechts sind natürlich entschieden abzulehnen.

Der große Anlagsparagraph (§ 360, 1), der insofern gegen Boykott und Streikpostenbesetzung angewandt wurde, muß klarer definiert werden. Es ist zum Ausdruck zu bringen, daß grober Anlag nur vorliegt, wenn der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung durch unmittelbare Belästigung des Publikums gestört oder gefährdet wird. Sinnlichlich des Vertragsbruchs sind die geltenden Rechtsvorschriften beizubehalten.

Eine strafrechtliche Sonderbestimmung schlimmster Art ist der § 153 der Reichsagerechtsordnung und nicht minder der § 152 Abs. 2. Während letzterer den Koalitionen jeden rechtlichen Schutz verlag, bedeutet der § 153 und seine Anwendung einen Anschlag gegen das Koalitionsrecht schlechthin. Der Ausnahmecharakter dieses Paragraphen ist noch daran zu erkennen, daß die von ihm festgesetzte Strafe ausschließlich in Freiheitsstrafe besteht. Nach den Erfahrungen in diesem Krige muß es als verwerflich bezeichnet werden, dem Arbeiter das Streben nach Aufwärtsentwicklung und Gleichberechtigung zu erschweren oder unmöglich zu machen. Die billige Streikung des § 153 der Gewerbeordnung ist deshalb ein ernstes Erfordernis! Die selben wollen allerdings davon nichts wissen. Jedoch herrscht in dieser Frage bei den selben keine Einigkeit. Die Berliner Richtung der Gelben, der Kartellverband deutscher Werkverner, rückt von diesem bornierten Standpunkt ab und sprach aus, daß der § 153 mindestens reformbedürftig ist. Dagegen hat sich erst kürzlich eine Vertrauensmännerverammlung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (StB Berlin) gegen die Beseitigung dieses Paragraphen ausgesprochen; seine Aufhebung würde einen allgemeinen Streik in der Rüstungsindustrie zur Folge haben. Ich hier die Meinung.

Aber nicht nur die gesetzlichen Paragraphen, deren vielfach angeführte Verhärterung zu bekämpfen ist, bedürfen einer klareren Formulierung, neuen Fassung oder teilweise Beseitigung, um einer Ausnahmerechtsprechung gegen Koalitionsrecht und -freiheit vorzubauen. Fast noch

willkürlicher greifen gegen die gewerkschaftliche Befähigung die zahlreichen und verschiedenen landesgesetzlichen und polizeilichen Erlasse und Verordnungen ein; einzelne militärische Behörden überrufen darin gegenwärtig so ziemlich alles, was dazugehört ist. Treu einer alten Überlieferung hat sich die deutsche Rechtswissenschaft dem Gebot eines reaktionären Staatswillens unterworfen und sich einseitig am Interesse des Unternehmertums orientiert. Damit ist in der breiten Masse jene Verbitterung geschaffen, die man Klassenhaß nennt. Ein unheimlicher, koalitionsfeindlicher Polizeigeist ist noch immer am Werke. Auch mit diesem Zustande muß aufgeräumt werden. Die bundesstaatlichen und polizeilichen Vorschriften über die Verbreitung von Plakaten, Aufrufen, Bekanntmachungen, Setzen und sonstigen Druckschriften sowie der § 30 Abs. 2 des Reichspressgesetzes müssen aufgehoben und dürfen in Zukunft durch keinerlei Landes- oder Polizeigesetze wieder eingeführt werden. Das Reichspressgesetz ist zu ergänzen. Dem § 1 Abs. 1 muß hinzugefügt werden, daß die für öffentliche Wirtschaften eingeführte Polizeistunde für Versammlungen nicht in Betracht kommt, und der § 13 Abs. 1 ist dahin zu ergänzen, daß die Polizei in öffentliche Versammlungen keine Beauftragte entsenden darf. Dem alleingewurzelt, der Massenbewegung seit jeher feindlich gegenüberstehenden Polizeigeiste muß die Spitze gebrochen werden. Das kann nur durch unzweideutige gesetzgeberische Maßnahmen geschehen.

Die übelsten Verhältnisse herrschen noch auf dem Gebiete des Gewerks- und Landarbeiterrechts. Hier dominiert die Landesgesetzgebung mit ihren bis ins Mittelalter reichenden Wurzeln. In Deutschland gelten noch etwa 44 Gesetze; außerdem kennt die bundesstaatliche Gesetzgebung noch eine Reihe anderer Gesetze, die ebenso für die Land- und Forstarbeiter Geltung haben, obwohl diese zum großen Teil auch unter das Gewerksrecht fallen. Hier muß ein einheitliches Reichsgesetz geschaffen werden in dem Sinne, daß sämtliche in den Landesgesetzen, besonders in den Gewerbeordnungen und polizeilichen Nebengesetzen, enthaltene Verbote und Strafbestimmungen bezüglich der Arbeitseinstellung, des Vertragsbruchs des Gewerks usw. aufgehoben und von der Landesgesetzgebung oder Polizei keine Nebengesetze und Verordnungen mehr erlassen werden dürfen. Das gleiche gilt für die Land- und Forstarbeiter, denen die volle Koalitionsfreiheit zu gewähren und sicherzustellen ist.

Schließlich — und damit kann uns kein Vorwurf der Schaffung einer Sonderbestimmung gegen die Unternehmer gemacht werden — wird das von allen Ausnahmevorschriften betreffe Koalitionsrecht mit einem gesetzlichen Schutze zu versehen sein. Der Arbeiter ist auf das Koalitionsrecht angewiesen, es ist seine einzige Waffe im wirtschaftlichen Kampfe. Alle Veruche des Unternehmertums, dem Arbeiter das Koalitionsrecht zu nehmen, müssen deshalb unwirksam gemacht werden. Dem Reichspressgesetze wäre demzufolge eine Bestimmung nachstehender Art hinzuzufügen:

Der Arbeitgeber, welcher einen Arbeiter, sowie der Arbeiter, welcher einen Arbeitgeber durch Gewalt oder Drohung, Chroerlekung oder Verrufserklärung hindert, an Vereinbarungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, deren Ziel die Herbeiführung einer Änderung des Arbeitsvertrags ist, wird mit Gefängnis bestraft. Der Veruch ist strafbar.

Ein neuer organischer Aufbau des Arbeitsrechts ist die Aufgabe der Zukunft. Ihrer Lösung steht nichts entgegen, denn die Herbeiführung des Grundgesetzes völliger sozialistischer Gleichberechtigung hat keine finanziellen Aufwendungen zur Folge, welche Rücksicht uns nach dem Kriege vielfach leider dazu zwang, in der Durchführung einer mit größerem Kapitalaufwande verknüpften Arbeiterschub- und Verborgungspolitik zurückhaltender sein zu müssen. Endlich den Arbeitern das Ihre zuteil werden zu lassen, ist nicht nur ein sofort zu verwirklichendes Gebot der Gerechtigkeit, es ist auch ein Gebot der Staatsklugheit, was wir besonders betonen wollen. Einige Zulagen sind von der neuen, zum ersten Male durch parlamentarische Geburtschiffe gebildeten Reichsregierung ja gemacht worden; so soll der ominöse § 153 der Gewerbeordnung fallen und die Arbeiterkraft in Arbeitskammern eine gesetzliche Vertretung erhalten. Bis kurz vor der jetzigen Reichstagsagung wurde dagegen von „interessierter Seite“ noch gebremst, und Dr. Schwanders schneller Rücktritt zeigt wohl, daß man den Tag nicht vor dem Abende loben soll. Aus den Verprechungen müssen also Fakten werden, und dann geht unter Verlangen weiter: nach einem umfassenden, praktisch wirklichen Arbeiterrechte. Kst.

Zurichter haben als Mechaniker ihre Löhne, dieser Branche entsprechend, aufgebessert und scheiden aus. Als Vertreter im Bauvorstande wurde wieder Kollege Gustav Schubert zur Wahl aufgestellt. Den Invaliden soll diesmal auf Weihnachten ein Geschenk von je 10 Mk. gemacht werden, was durch eine freiwillige Steuer von 1 Mk. pro männliches Mitglied aufgebracht werden soll. Der Verein zöhlt 211 Mitglieder, außerdem 140 zum Seeresdienst eingezogene. Von den im Felde stehenden Kollegen war wieder eine ziemliche Anzahl Geldpostbriefe und Karten eingetroffen.

Leipzig. Die am 23. November tagende Gaumitgliederversammlung beschloß, ab 30. November d. J. eine wöchentliche Extraktsteuer von 50 Pf. pro Mitglied zu erheben. Die Familien der zum Seeresdienst einberufenen Kollegen sowie die Berufsinvaliden sollen wiederum eine Weihnachtsgabe von je 10 Mk. erhalten.

Leipzig. (Schriftgießer.) In der am 15. November abgehaltenen Versammlung erstatteten die beiden Delegierten über die Berliner Schriftgießerkonferenz eingehend Bericht. An den Bericht schloß sich eine Aussprache, in welcher hervorgehoben wurde, daß diese Konferenz schon früher hätte stattfinden müssen. Mit Ausnahme der von der Konferenz angenommenen Resolution, die eine 30- bis 40prozentige Tarifierhöhung fordert, fanden die Konferenzbeschlüsse die Zustimmung der Versammlung. Durch beiderseitig getroffene Vereinbarungen ist die Gültigkeitsdauer des Leipziger Tarifs etwas verlängert worden, weshalb der betreffenden Resolution nicht zugestimmt werden konnte. Aber die bisher unternommenen Schritte betreffs einer Erhöhung der Feuererzulage gab der Vorstand näheren Aufschluß. Einmütig war die Veranlassung der Meinung, daß die zur Zeit gewährte Feuererzulage den jetzigen außergewöhnlichen Feuerungsverhältnissen nicht im entferntesten mehr genüge und eine Erhöhung gefordert werden müsse. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, alles Weitere zu unternehmen. Nach Besprechung einiger kleinerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung.

□□□□ Rundschau □□□□

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Ludwig Gaim (Wegendorf) als leistungsbewährtestes das Eiserne Kreuz I. Klasse. Die Auszeichnung II. Klasse erhielten: M. Gruczek, Paul Jakobson und G. Stegmann (Berlin), Paul Körner (Bernau), Hermann Koch (Bordesholm), Franz Ohnewald und Fritz Wolber (Ellwangen), Karl Melcher (Forst i. L.), Rudolf Spranger (Welfenkirchen), Ernst Kämmer und Max Schmidt (Hamburg), Willi Friebe (Hannover), Adolf Regor (Senz), Erich Riehn (Königsberg i. Pr.), Paul Birkenbauer (Kiel), Arno Lippold, Alfred Nonnenberger, Karl Stöcker und Albert Thomas (Kimmitschau), Joseph Mayer (Lindau), M. Dissenbacher (München), Emil Krause (Nesse), Wilhelm Diebel (Schweinfurt), Rudolf Franke (Stuttgart) sowie Matthias Wöbbe (Wohlfahrt). Damit haben sich jetzt 4667 Verbandskollegen diese hohen militärischen Auszeichnungen erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwermarbeiter. Die Buchdrucker in Brandenburg sind amüch als Schwerarbeiter anerkannt worden und erhielten seit Monaten eine Protzulage von 2 Pfd. wöchentlich. Seit kurzem besteht eine neue Einteilung, wonach Stereotypen 4 Pfd., Maschinenleger 2 Pfd., alle übrigen Gehilfen 1 Pfd. pro wöchentlich mehr erhalten. Sonstige Zulagen oder Nährmittel gibt es nicht. Nach erfolgter Eingabe der Geschäftsleitung der Wollischen Drucker an den Gewerbeinspektor wurden dem Personal dieser Firma Lebensmittel überwiesen, deren Menge dem Begriffe der Minderchwerarbeiter entspricht. — In Wegendorf erhalten sämtliche Kollegen schon seit längerer Zeit eine Protzulage. — Sämtliche Buchdrucker in Lindau erhalten seit vier Monaten Schwerarbeiterzulagen in Gestalt von 3000 G Prof und 100 G Käse monatlich. Dies wurde erreicht durch gemeinsames Vorgehen der Prinzipale und Gehilfen beim Stadtmagistrat.

Feuererzulagen für die Faktoren. Die „Zeitschrift“ bringt in ihrer Nummer vom 30. November nachstehende Bekanntmachung des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins, die die den Faktoren zu gewährenden Feuererzulagen betrifft: Aus Anlaß des am 23. November erfolgten Inkrafttretens der erhöhten Feuererzulagen für die Gehilfenchaft richten wir an die tariffreien Buchdruckerbesitzer, welche Faktoren, Obermaschinenmeister und Abteilungsleiter beschäftigen, das Eruchen, auch diese dabei zu berücksichtigen. Wir empfehlen, diesen Betriebsbeamten auf die bei der letzten Feuererzulage im Mai d. J. vorzuschlagenden Sätze die gleichen Erhöhungen zu gewähren, wie sie den verheirateten Gehilfen sämtlicher Lohnstufen bewilligt worden sind, also 7,50 Mk., 8,50 Mk., 9,50 Mk. für die Woche, je nach der Ortsklasse und soweit notwendig umgerechnet auf Monatsgehalt. Wir bitten uns wohl der Erwartung hinzugeben, daß alle in Betracht kommenden Firmen in rechter Würdigung der Stellung dieser Beamten im Betrieb unform Eruchen in wohlwollender Weise entsprechen werden.

Differenzen der Berliner Buchdruckerhilfsarbeiter wegen der Feuererzulagen. Bei den Einigungsverhandlungen, die am 7. November unter dem Vorsitz des Kollegen Schliebs als Geschäftsführer des Tarifamts zwischen Vertretern der Prinzipale und der Hilfsarbeiter stattgefunden haben, kam ein sechs Punkte umfassender Vergleich zustande, in dem alles Notwendige über die Regelung der

Feuererzulagenangelegenheit festgelegt worden ist. Insbesondere wurde darin zum Ausdruck gebracht, daß feste Summen zu den jetzigen Einkommen der Hilfsarbeiter zu zahlen sind. Weiterhin wurde in den Verhandlungen wiederholt betont, daß der Beschluß des Tarifauschusses, wonach besondere Zulagen, die fest Mai an Gehilfen gezahlt wurden, mit der zuletzt festgesetzten Zulage verrechnet werden dürfen, falls ausdrückliche Vorbehalte bei Bewilligung der Zulagen gemacht worden sind, auch auf die Hilfsarbeiter Anwendung finden soll. Trotzdem beachtlichen jeßt die Prinzipale — wie aus einer Verlaufsbearbeitung der Berliner Hilfsarbeiter hervorgeht —, die bisher gewährten Zulagen anzurechnen, indem sie die Staffeln der im Mai gewährten Zulage als Grundlage annehmen, wodurch sich die Feuererzulagen für die Hilfsarbeiter bis zu 3 Mk. verringern würden. Darüber droht es zu Differenzen zwischen Prinzipalen und Hilfsarbeitern im Berliner Buchdruckergewerbe zu kommen, wenn nicht rechtzeitig die bessere Einsicht auf Prinzipalsseite liegt.

Die Lage der Fahrkartendrucker. Eine Zuschrift der Breslauer Ortsstelle des Verbandes der Fahrkartendrucker und Steindruckere der Preußisch-Schlesischen Staats- und Reichseisenbahnen an den „Breslauer Generalanzeiger“ wirft auf die Existenzverhältnisse der Fahrkartendrucker ein bezeichnendes Licht. Darin heißt es: „Das Schwurgericht in Breslau verhandelte im Oktober gegen den Fahrkartendrucker Cimbold aus Breslau wegen schwerer Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrug. C. war als Fahrkartendrucker bei der Kgl. Eisenbahndirektion in Breslau angestellt und hatte fortgesetzt und ungehindert Unterschleife zum Nachteil des Staates begangen. In der Urteilsbegründung wurden dem Angeklagten milde Umstände zugestanden. Es wurde ausgeführt: „Der Angeklagte beß als Fahrkartendrucker eine große Vertrauensstellung. Es muß aber die schlechte Lage, in der sich dieser Stand befindet, im allgemeinen strafmildernd wirken.“ Neun Monate Gefängnis wurden als ausreichende Sühne erachtet. Die Fahrkartendrucker, eine handwerksmäßige Beamtengruppe, befinden sich fastlich in schlechter Lage. Ihr Gehalt liegt in 21 Jahren von 13 bis 1800 Mark. Seit Jahren kämpfen sie deshalb, da sie zu den gehobenen Unterbeamten gehören, um Überführung in deren Gehaltsklasse, denn es muß als unbedingt notwendig erachtet werden, daß Vertrauensstellungen, wie genannte, auch ausreichend bezahlt werden, damit nicht die Not zu solchen Mitteln, die unbedingt zu verwerfen sind, greifen läßt.“ Sollenlich bringt die neue Besoldungsreform den Fahrkartendruckern, die schlechter gestellt sind als ihre Berufsgenossen in Privatbetrieben, eine Erfüllung ihrer durch die jetzigen Feuerungsverhältnisse vollauf gerechtfertigten Forderungen an den Staat.

Die Arbeitslosen des graphischen Gewerbes im Oktober 1917. Von den Organisationen ist dem „Reichsarbeitsblatt“ berichtet worden, daß die Buchdrucker im Oktober 0,1 Proz. Arbeitslose hatten, gegen 0,2 Proz. im September 1917 und 0,3 Proz. im Oktober 1916. Die Buchbinder standen mit 1,3 (September 1,6) Proz. am höchsten. Dann folgten die Lithographen und Steindruckere mit 0,8 (0,7) Proz. und die Buch- und Steindruckere mit 0,2 (0,0) Proz.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden. Im Oktober waren nach den von 32 Fachverbänden dem „Reichsarbeitsblatt“ über 1 029 943 Mitglieder gemeldet, 7225 Arbeitslose vorhanden. Das ist ein Prozentverhältnis von 0,7, gegen 0,8 im September 1917 und 2,0 im Oktober 1916.

Giesberts als Ministerialdirektor. Nach der „Germania“ steht die Berufung des Kontrabsabgeordneten und Führers der christlichen Gewerkschaften Johann Giesberts als Ministerialdirektor in das Reichswirtschaftsamt nunmehr bevor. Infolge des Wechsels in den letzten Stellen des Reiches verzögerte sich seine vor längerer Zeit bereits beabsichtigte Ernennung bis jezt. Giesberts wurde in Straelen (Kreis Geldern) am 3. Februar 1865 geboren. Er erlernte die Bäckerei und Brauerei und war später als Metallarbeiter und Seiler tätig. Seit 1899 wirkte Giesberts als Arbeitersekretär, Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und des „Zentralblattes“ der christlichen Gewerkschaften.

Gewerkschaftliche Neuentfernung. In der neuen Nummer der sozialistischen Zeitschrift „Die Glocke“ unterzeichnet August Winnig, der zweite Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, die Kriegsarbeit und die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften. Das erste Kriegsjahr brachte die Katastrophe des Arbeitsmarktes; dies bedingte Einstellung aller Arbeitskämpfe und möglichst Ausweitung der Unterkümmungsarbeit. Nach Wiederbelebungs des Arbeitsmarktes trat infolge der Feuerung die Katastrophe des Arbeitslohnes ein. Nun wurde die Erhöhung der Arbeiterlöhne Hauptaufgabe, die aber nicht voll im Verhältnisse zur Feuerung gelang, während die Unternehmergehälter rasend zunahmen. Gegenwärtig zwingt die Geldentwertung zu umfangreichen Statutenänderungen, zur Erhöhung der Beiträge und Unterkümmungen. Diese Arbeit muß möglichst abgeschlossen sein, wenn der Friede eintritt. Denn dann gilt es, die zwei Drittel der früheren Gewerkschaftsmittel, die jezt im Meer fließen, zurückzugewinnen und einen neuen Reallohn zu bilden, der für das Zukunftschicksal der gesamten Arbeiterklasse von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Sardens „Zukunft“ freigegeben. Das über Maximilian Sardens Zeitschrift „Zukunft“ seit vier Monaten verhängte Zensurverbot wurde endlich wieder aufgehoben. Dagegen ist die Verfügung, wonach Sardens unterlag worden war, innerhalb oder außerhalb Berlins Vorklage zu halten.

□□□□ Korrespondenzen □□□□

Berlin. (Schriftgießer.) Die Generalversammlung des Vereins der Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 18. November nahm die mit den Prinzipalen neu vereinbarten Feuererzulagen nach ausführlicher Vorlegung der Verhältnisse und nachdem die Opposition ihre Ansprüche mit dem Erreichen ausgesprochen und betont hatte, daß niemand wisse, wie er mit dieser Zulage gegenüber den Webern, die zum Leben Notwendigkeiten bestreiten soll, am 19. November ab betraf die Feuererzulage für Lohnarbeiter bis zu 30 Mk., Wochenlohn 15 Mk., wöchentlich, bis zu 45 Mk., 13 Mk., bis zu 60 Mk., 12 Mk., für im Berechnen stehende Gehilfen 12 Mk. Überfunden werden fortan dem Feuererzulage entsprechend bezahlt, dies gilt auch für Arbeiterinnen. Diese haben bereits einen Feuererzulage von durchschnittlich 30 Proz. erreicht und fanden keine weitere Berücksichtigung. Die

Abänderung der Schnellzugszuschläge. Blättermel-
dungen zufolge wird eine Reform der Schnellzugszuschläge,
die bereits seit einiger Zeit zwischen den deutschen Eisen-
bahnverwaltungen erörtert wurde, schon am 15. Dezember
in Kraft treten. Alsdann soll an Stelle der jetzigen Zu-
schläge die Bestimmung treten, daß jeder Reisende für
eine Fahrt in Schnellzügen zwei Fahrkarten lösen muß.

Höflichkeitsschlichter gegenüber dem Publikum. Der
preussische Kriegsminister richtete an sämtliche ihm unter-
stellten Dienststellen folgenden Erlass: „Jeder einzelne im
Volke trägt an der Hof des Krieges, niemand soll ihm
die Last unruhig vergrößern. Das geschieht aber, wenn die
Dienststellen im Verkehr mit dem Publikum den Gefühls-
zustand nicht in schneller, höflicher Art helfen, sondern den
Verkehr zur Quelle von Mißbilligungen und Mißstim-
mungen machen. Wer so handelt, schädigt das Vater-
land und zeigt, daß er der Aufgabe nicht gewachsen ist.
Persönlichkeiten, die auch nach erfolgter Belehrung forsbah-
ren, ihren Mitmenschen in dieser Zeit das an sich
schwere Joch durch ihr Benehmen noch mehr zu er-
schweren, dürfen an diesen Stellen nicht geduldet werden.“
Das Beispiel des preussischen Kriegsministers verdient
auch von kommunalen und sonstigen Dienststellen nach-
geahmt zu werden. Namentlich auf den Verteilungsstellen
für Lebensmittelkarten und Bezugsscheine „fühlen“ sich
die dort Angestellten dem Publikum gegenüber gewaltig
und erregen durch Unhöflichkeit und Bürokratismus
nicht selten allgemeines Argernis.

Massenprozeß gegen streikende Arbeiter. Ein eigen-
artiger Prozeß gegen rund 1200 Arbeiter wird demnächst
in Kopenhagen entschieden werden. Im Sommer streikten
die Kopenhagener Werkarbeiter und setzten den Kampf
auch noch fort, als die Schlichtungskommission ihn für
unberechtigt erklärte und den Gewerkschaftsverein zu 2000
Kronen Strafe verurteilt hatte. Daraufhin verklagten die
Unternehmer die Werksarbeiterorganisation, die vom Ge-
richte zu 30000 Kr. Schadenersatz verurteilt wurde. Die
Organisation hatte inzwischen ihr ganzes Vermögen jedoch
zur Unterstützung der Streikenden ausgeben und sich
danach aufgelöst, so daß die Unternehmer nichts bekamen.
Diese haben daher jetzt gegen die 1200 streikenden Ar-
beiter einzeln Klage erhoben, um die Vertragsbruchstrafe
hereinzubekommen. Dringen die Arbeitgeber mit ihrem
Ansprüche durch, so hätte jeder von den Arbeitern 70 bis
80 Kr. zu zahlen. Die Arbeiterchaft Dänemarks emp-
findet dieses Vorgehen bei den jetzigen Feuerungsverhält-
nissen als besonders hart und rücksichtslos.

Volkschule in Lodz. Der polnische Schulverein
in Lodz plant die Errichtung einer Anfang Dezember zu

eröffnenden Volksuniversität. Es werden unter Berücksich-
tigung des Bildungsstandes der Arbeiterklasse Vor-
lesungen über Geschichte, soziale Wissenschaften und Natur-
wissenschaft gehalten werden.

Der Widertritt des Krieges. Durch eine an sich
unerschöpfbare Episode, die sich im englischen Unterhaus ab-
spielte, wird der ganze Widertritt des Krieges freilich
verfälscht. Ein Abgeordneter wollte von der engli-
schen Regierung wissen, ob es zuträfe, daß ein in Holland
gekauft Quantum von 12500 Kartofohlen wegen Mangels
an Schiffsraum dort verkauft sei. Der Minister Cecil be-
jahte die Frage — fügte aber hinzu, da die Kartofohlen
gekauft seien, um sie nicht nach Deutschland gelangen zu
lassen, so hätten sie dadurch, daß sie verkauft seien, ihren
Zweck ja erfüllt ...

literarisches

„Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege.“
Von Paul Hirsch, Mitglied des preussischen Landtags, Berlin 1917.
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Braunschweig, 1,50 Mk.,
gebunden 2 Mk. Der als angesehener kommunalpolitischer Kenner
Verfasser hat in seinem Buche, das in einem weiteren Bande noch
ergänzt werden soll, eine Reihe von Fragen und Aufgaben behand-
elt, die für die auch in den Gemeinden dringend notwendige „Neu-
orientierung“ von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Beschäftigungs-
und Berufungsfragen, Finanzwesen, Armen- und Waisenpflege,
Arbeitslosenfürsorge, Schul- und Bildungsfragen sind die Themen,
denen eine eingehende Würdigung in Bezug auf Entscheidung, gegen-
wärtigen Stand und zukünftige Befähigung zuteil wird. Der Neu-
gestaltete Krieg hat auch für die Gemeinden eine Menge von Fragen
aufgeworfen, die das ungelöste Interesse nicht nur aller Stadt- und
Gemeindeverwaltungen, sondern überhaupt der Allgemeinheit fordern.
Gerade während des Krieges hat sich gezeigt, welchen Wert möglichst
freie, durch verlässliche staatliche Geleite nicht eingeschränkte Gemein-
deverwaltungen für die Volkswirtschaft haben. In anschaulicher Weise
versteht es der Verfasser, die Dinge dem Verständnis auch der bisher
weniger an solchen Fragen Interessierten näherzubringen und den
Blick für das wirklich Praktische zu erweitern: „Die Zeiten, wo
manche Arbeitervereine glauben, Forderungen aufzustellen, aber
die Ausführung der Mittel für ihre Durchführung andern überlassen
zu können, sind vorüber.“ Das Buch ist warm zu empfehlen, und
man kann der Forderung, die sich mit Gesundheitswesen, Woh-
nungsfrage und Ernährungspolitik beschäftigen wird, erwartungs-
voll entgegengehen. My.

In Warmen der Seherinvalide Hugo Meckerkamp von dort.
In Berlin am 5. Oktober der Seher Wilhelm Schlemmer
aus Stargard, 42 Jahre alt — Gehirnschlag; am 3. Oktober der
Seher Wilhelm Kande aus Duisburg a. Rh., 33 Jahre alt —
Lungenleiden; am 15. Oktober der Seherinvalide Franz Herr-
mann aus Berlin, 62 Jahre alt — Zuckerkrankheit; am 18. Ok-
tober der Korrektor Georg Spilberg aus Berlin, 35 Jahre alt —
Hergschlag; am 19. Oktober der Seher Kurt Neumann aus Königs-
berg i. Pr., 19 Jahre alt — Ruhr.

In Düsseldorf der Seher Otto Reinhold, 22 Jahre alt.
In Frankfurt a. M. am 19. Oktober der Seher Ludwig Seede
aus Hochheim, 26 Jahre alt — Nierenleiden.
In Gießen am 4. November der Seher Max Kupper aus Seib,
53 Jahre alt — Nierenleiden.
In Gießen am 23. Oktober der Seher Joseph Ordon, 53 Jahre alt.
In Krefeld am 23. Oktober der Seher J. Wamers aus Anrath
bei Krefeld.
In Leipzig am 21. Oktober der Drucker Friedrich Minkler
von dort, 23 Jahre alt — Nierenentzündung; am 25. Oktober der
Seher Paul Sieblich aus Naumburg a. S., 37 Jahre alt — Ge-
hirnschlag; am 1. November der Drucker Arthur Hiemann von
dort, 21 Jahre alt — Augenentzündung.
In Regensburg am 30. Oktober der Drucker Heinrich Bichmann,
55 Jahre alt — Herzschlag.
In München am 23. Oktober der Seherinvalide Ludwig Graf
aus Mannheim, 68 Jahre alt; am 6. November der Seher Anton
Andreas Schäfer aus Lindau, 50 Jahre alt.
In Offenbach a. M. am 25. Oktober der Schriftsetzerinvalide
Theodor Bernert, 51 Jahre alt.
In Regensburg am 29. Oktober der Korrektor Joseph Meier,
53 Jahre alt — Magen- und Darmleiden.
In Stuttgart am 14. Oktober der Seherinvalide Max Kieß aus
Leinach, 40 Jahre alt — Augenleiden; am 19. Oktober der Seher-
invalide Friedrich Wenzelheimer von dort, 62 Jahre alt — Nieren-
leiden.
In Würzburg am 18. Oktober der Seher Friedrich Claudi,
48 Jahre alt.

Briefkasten.

C. B. in S.: Das ist nur zutreffend; die Postersammlungen waren
aber schon vor dem letzten Druck auf stärkere Umfangbeschränkung
angewiesen, sind nunmehr abgemildert und werden nicht wieder
haben. G. A. in S.: Interlekt; bisher nichts eingegangen.
Frl. Gruff — S. D. in München; 2 Mk. — W. L. in Ken-
scheid; 2,15 Mk. — F. A. in Grefswald; 2,45 Mk. — F. A. in
Sbg.; 2 Mk. — M. S. in Trier; 2,30 Mk.

Verkaufsanzeigen können in zweifache Nummern
nicht aufgenommen werden; über die Größe kann nicht mehr
die Auflagegrenze allein befinden. Arbeitsmarktinserate werden
nur noch einseitig und entsprechend der Grundchrift gebracht. Für
Todesanzeigen sind Aufnahmebedingungen auch aus andern
Gründen nicht anerkennen. Die Aufgabe von Anzeigen hat bis
spätestens mittags 12 Uhr am Dienstag, Donnerstag und Sonn-
abend für die nachfolgende Nummer zu erfolgen. Die verlangt
Postbestellung ist mehr zu berücksichtigen!
Spendungen für den Redaktionsfonds sind nicht zu erlösen, sondern
namentlich benanntes Redaktionsmitglied gerichtet werden, sondern
find allein zu adressieren an: Georg Föhlisch, SalonstraÙe 8.
Expedition des „Vor.“

Zur Aufnahme gemeldet

(Einsendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
In Gau Schleifen der Drucker Alfred Bynlia, geb. in Doppel
1894, ausged. bei 1913; war schon Mitglied. — Karl Giedler in
Breslau, Kupferstecher 7 II.
In Gau Schleifen der Drucker Alfred Arzow in Kiel,
geb. in Hamburg 1899, ausged. bei 1917; war noch nicht Mit-
glied. — Martin Puffer in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Zuverlässiger Seher

zu ganz selbständiger Bezeichnung unserer Drucker
mit wöchentlich erscheinender Zeitung (Schwarzdruck)
in dauernder Stellung gesucht. Maschinenmeister
u. Maschinenfeger vorhanden. [512]
H. Thamer & Co., Düsseldorf, Tel. 7745.

Wir suchen zu sofort [513]

zwei Seher

für Inzerate und Anzeigen. Gest. Angebote er-
bitten wir mit Angabe der Gehaltsforderung.
Rathenower Zeitungsdruckerel,
H. S. Wendebach, Rathenow.

Züchtige Schriftsezer

sucht dringend [391]
„Generalanzeiger“, Ernst Marks,
Mülheim (Rubr).

Züchtige Schriftsezer

schrift gesucht. [515]
Buchdrucker Alfred Anger,
Berlin C 2, Spandauer Straße 22.

Züchtiger Schriftsezer

Wir sofort in dauernder Stellung gesucht. [508]
Genossenschaftsbuchdruckerlei Leipzig.

Schriftsezer

welche sich im besseren Ansehen- und Reklamefach
vervollkommen wollen, können sich melden bei
Willy Wolffsohn, [507]
Berlin SO 16, Michaelisstraße 17.

Schriftsezer und Maschinenmeister

schrift gesucht. [503]
Wegner & Wittig, Leipzig, Sobota Straße 1.

Maschinenmeister Typograph- und Mono- typsezer, Akzidenzsezer, Werksezer und Stereotypseur

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernder
Stellung gesucht. Oscar Brandtsezer, Leipzig. [425]

Akzidenzsezer

(auch Reklamesezer) für dauernd gesucht. [488]
Karl Kaeftners Buchdruckerel, Eisenach.

Maschinenmeister

möglichst Schweizerdegen, zum baldigen Eintritt
gesucht. [514]
„Egell“, Papierwarenfabrik G. m. b. H.,
Düsseldorf.

Maschinenmeister

mit Anlageapparat „Unifast“ bewandert, für so-
fort in dauernder Stellung gesucht. Angebote
mit Gehaltsansprüchen ergeben an: [510]
J. Gollteswinger, München, Scheffelstraße 18.

Maschinenmeister

für dauernd suchen [511]
Rosenthal & Co., Berlin SW 21, Alt-Moabit 105.

Maschinenmeister

schrift gesucht oder später Dauerstellung. [428]
J. Weiske, Brandenburg a. A.

Buchdruckmaschinenmeister

gesucht. [504]
Ahsbergische Buchdruckerel,
Leipzig, Frommannstraße 4.

Rotationsmaschinenmeister

zur Bedienung einer 16zeiligen Zwillingssprofasson
zum baldigen Eintritt gesucht. (Tagesdienst).
Angebote mit Ansprüchen und Zeugnisabschriften
an die [490]
„Kaffeler Neuesten Nachrichten“, Kassel.

Stereotypseur gesucht!

Zum baldigen Eintritt suchen wir einen linken,
mit der Rundstereotypie durchaus vertrauten Stereo-
typseur. (Tagesdienst.) Bewerbungen mit Angabe
der Ansprüche und Zeugnisabschriften an die [491]
„Kaffeler Neuesten Nachrichten“, Kassel.

Seherstereotypseur

für Flach- und Rundstereotypie gesucht. [516]
„Baugener Nachrichten“, Baugen.

Rund- und Flachstereotypseur

der auch in Satz oder Druck ausbessern muß, in
Dauerstellung gesucht. [509]
„Mülheimer Zeitung“, Mülheim (Rubr).

Ein Buchbinder

perfekt im Buchbinden, sofort gesucht. [489]
Karl Kaeftner, Buchdruckerel, Eisenach.

Buchdruckfachmann

(Meister, 39 Jahre alt) mit 12jähriger Praxis
an der Linotype und besten Empfehlungen sucht
in München bzw. Süddeutschland Stellung. Ein-
tritt eventuell sofort. Angebote erbiten an Hans
Kellner, Landsstr. 10, Obere Rindstraße 36 II. [519]

Die auf Grund unserer Aufforderung im „Kor-
respondent“ sowie in den „Typographischen Jahrbü-
chern“ eingegangenen Vorschläge zum Schutze
gegen Nachahmung und Fälschung von Lebens-
mittelmarken haben einer aus Mitgliedern der
Typographischen Gesellschaft bestehenden Prü-
fungskommission vorgelegen. Näheres über das
Ergebnis dieser Prüfung gelangt in Heft 12 der
„Typographischen Jahrbücher“ zur Veröffentlichung.
Druckausgabe der Vorschläge selbst stehen Inter-
essenten gegen Einsendung von 15 Pf. Porto zur
Verfügung. [506]
Redaktion der „Typographischen Jahrbücher“,
Leipzig-A., Senefelderstraße 13/17.

Zu zahl 3 Mk. monatlich

und bestelle bei Otto & Kn., Verlag, Berlin-
Dahlemer, Händelplatz 4
**C. Marlitts sämtliche
Romane**
Volksausgabe 10 Bände geb. für 20 Mk.
(Sofort bei Bestellung einfinden.)

Am 11. November verstarb in einem
Angebot an einer schweren Schenkelver-
letzung seiner liebenes Mitglied, der Ma-
schinenlezer [517]

Emil Cullmann

aus Trarbach.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Der Bezirksverein Trier.
Die Maschinensehervereinigung Trier.

In dem Wälerringen fiel unser lieber
Kollege, der Anstaltseher [502]

Wilhelm Wulf

aus Quaal bei Segeberg.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Norddeutsche Maschinenseherverein
(Sitz Hamburg).

Am 16. September fiel im Westen unser
lieber Kollege, der Seher [501]

Paul Krohn

Interessierter in einem Inf.-Reg., Infanter
des Eisernen Kreuzes und des Mediten-
burgischen Verdienstkreuzes,
aus Erwit (Medalb.).
Sein Andenken wird stets in Ehren
halten.
Der Ortsverein Grefswald.

Am 15. November fiel wiederum ein
Mitglied unserer Ortsgruppe, der Seher [500]

Fritz Baier

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
„Typographia“ Goldberg (Schl.).

Am 24. November verstarb nach länge-
rem Leiden unser lieber Kollege, der
Eisenloper [482]

Andreas Jöller

aus Biersheim (Kreis Seppenheim), im
Alter von 51 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Remscheid.

Am 24. November verstarb nach langer,
schwerer Krankheit im Alter von 42 Jahren
unser wertvolles Mitglied, der Maschinenmeister [518]

Joseph Huber

aus Landschul. [486]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein München.

Am 24. November verstarb unser lieber
Kollege [492]

Ludwig Schelle

Wir werden sein Andenken in Ehren
halten.
Die Kollegen der Firma
C. S. Röder G. m. b. H., Leipzig.

Am Sonntag, dem 25. November, ver-
starb plötzlich unser langjähriges Mitglied,
der Seher [518]

Emil Kirsch

geboren am 17. Dezember 1873 in Zdun
(Prußland Posen).
Sein stilles, ruhiges Wesen schert ihm
ein ehrendes Andenken.
Die Verbandsmitglieder der
Reichsdruckerel, Berlin.

Mäßig und unerwartet verstarb am
15. November unser lieber Kollege, der
Drucker [500]

Wilhelm Baron

im Alter von 52 Jahren.
Ein dauerndes Andenken bewahren ihm
Der Bezirksverein Kattowit.
Die Mitgliedschaft Kaurachüle.